Editorial

Autor(en): **P.F. / W.S.**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **17 (1997)**

Heft 34

PDF erstellt am: **08.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

> Wir brauchen eine Reform, die möglichst viele Bürger am Produktivvermögen beteiligt, das heisst, die Eigentumsfrage wird wieder virulent – eigentlich das Thema der Linken.
>
> *Joschka Fischer*

Aber, so fährt der Sprecher der Bundestagsfraktion der deutschen Grünen fort, „nicht im Sinne von 'Enteignet die Kapitalisten', sondern von 'Schafft eine breite Vermögensbasis, damit eine älter werdende Gesellschaft nicht in eine Armutsfalle tappt'. ... Der Schritt von der Mitbestimmung zum Miteigentum wird eine wichtige Debatte, von der mitbestimmten Gesellschaft zur Miteigentümergesellschaft. Für eine demokratische Linke ist das *die* Zukunftsdebatte, die neue grosse Sozialreform des nächsten Jahrhunderts." (Frankfurter Rundschau, 19.7.97) *Dass* eine Sozialreform kommen muss, darüber sind sich viele Linke und Grüne einig. *Wie* die Projekte dieser Sozialreform in den einzelnen Politik- und Aktionsfeldern zu konzipieren und in welchen Reformbündnissen sie zu realisieren sind, darüber wird mit Blick auf die im Herbst 1998 stattfindenden Bundestagswahlen im mächtigsten EU-Land gestritten.

Für diese Debatte nicht folgenlos geblieben sind die Wahlerfolge von Lionel Jospin in Frankreich und von Tony Blair in Grossbritannien 1997. „Wird Europa sozialdemokratisch?" (NZZ, 7./8.6.97) Nur mehr in zwei der fünfzehn Mitgliedstaaten der EU sind keine Sozialdemokraten in der Regierung vertreten: Deutschland und Spanien. Die sozialdemokratischen Modelle in den verschiedenen Industriestaaten sind allerdings sehr unterschiedlich. Während Jospins Staatsreformismus, vor allem die Beschäftigungs- und Einbürgerungspolitik seiner Linksregierung in der rechtsbürgerlichen Presse auf wenig Sympathie stossen, gibt Blairs New Labour zur Beunruhigung keinen Anlass, ganz im Gegenteil. Der britische Premierminister will „Margaret Thatchers konservative Revolution verschärfen", und „wegen seiner Anpassungsfähigkeit gilt der Blairismus nicht als Ideologie. Spielarten des Blairismus haben in den Niederlanden und in Portugal Fuss gefasst." (NZZ, 1./2.11.97)

Als Blair-Mann und potentieller Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahlen setzt sich Gerhard Schröder, sozialdemokratischer Ministerpräsident Niedersachsens, in Szene. Das Erfolgsrezept des „charismatischen" Politikers Blair, so Schröder, ist „sein politischer Pragmatismus", der „sich in den Denkkategorien von Rechts und Links nicht erfassen lässt." Und aus „dem Umverteilungs- wird ein *Supply-side*-Sozialismus, der die Pflichten des Einzelnen für sich selbst und für die Gemeinschaft betont." (Die Woche, 19.12.97) Mit einer modernisierten Labour-Party und einer

enormen Zustimmung in der Bevölkerung geht es Blair um *New Britain – one nation society*.

Und nachdem sich Schröders Modernisierungskurs mit dem Wirtschaftsprogramm auf dem Parteitag „Innovation und Gerechtigkeit" am 2./3.12.97 in Hannover gegen die Parteilinke weitgehend durchgesetzt hat, wird es auch für die SPD im Herbst darum gehen, über ihre traditionelle Klientel hinaus die wahlentscheidende Gruppe der „professionellen Mittelklasse", die Besserverdienenden und die um ihren Arbeitsplatz und Wohlstand bangenden Wechselwähler aus bürgerlichen Schichten zu gewinnen. Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit steht nach dem Parteitag im SPD-Wahlkampf nicht mehr im Zentrum. „Wir können", so Schröder bereits im Sommer, „Arbeitslosigkeit eindämmen. Aber der immerwährende Strukturwandel wird Arbeitsplätze vernichten. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht im gleichen Tempo und nicht am selben Ort." (Spiegel 36/97)

Auch Joschka Fischers „Rheinischer Kapitalismus" als rotgrünes Modell lässt nach Joachim Hirsch nicht viel mehr als eine „sozial und ökologisch abgefederte Nachhaltigkeit des neoliberalen Wettbewerbsstaates" erwarten. Dieser wird die Gewerkschaften, die durch den Maastrichter Monetarismus in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion herausgefordert sind, noch stärker unter Druck setzen. Zwar insistieren die Grünen auf ihre programmatische Orientierung „Ohne ökologischen Umbau – keine neuen Arbeitsplätze!", auf die ökologische Steuerreform, so auf eine Erhöhung des Benzinpreises bis gegen 5 DM bis zum Jahr 2005. Aber die Reformideen, der vielbeschworene Richtungs- und Politikwechsel, werden beim organisierten Willen zum Machtwechsel und durch die mediale Vermarktung von Parteipolitik wieder mal relativiert werden.

Die ökonomische und gesellschaftliche Modernisierung des rotgrünen *Standortblocks* und die Gegenprojekte des ökologischen und sozialen *Umbaublocks* schliessen sich aus. Das „neue sozialdemokratische Zeitalter" (Oskar Lafontaine) verspricht wenig gegen Neoliberalismus und seiner Globalisierungsdoktrin, gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Die Frage nach der Politik eines *ökologischen, sozialen und solidarischen New Deal* wird sich nach einer rotgrünen Regierungsübernahme umso brisanter stellen, über Europa hinaus. Und was dabei die Erfahrungen der sozialrevolutionären und sozialreformerischen Bewegungen jenseits von Kapital, Staat und Sozialdemokratisierung wie in Brasilien und Mexiko bedeuten, wird viel zuwenig diskutiert.

P.F./W.S.